

soziale und politische Zielvorstellungen und Erwartungshorizonte präzise verortet werden. Vor einer vorschnellen Gleichsetzung einer politischen Gruppierung mit bestimmten Traditionen und Milieus muß dagegen gewarnt werden. Auf dieser Grundlage charakterisiert Nolte beispielsweise den »Radikalismus« der 1840er Jahre – also die badischen Republikaner – als in besonderem Maße vorrevolutionär, defensiv und traditionalistisch. Doch nicht nur die gemeindegewöhnliche Tradition, auch die Ideale der Französischen Revolution formten das politische Selbstverständnis der Republikaner, und diese Ideale schlugen sich in deutlich stärkerem Maße in ihrer politischen Programmatik nieder. Gegen Noltés These muß betont werden, daß es gerade Republikaner und Demokraten waren, die in den demokratischen Vereinen und den Arbeitervereinen der Revolutionszeit die soziale Frage thematisierten und neue gesellschaftliche Zielvorstellungen entwarfen. Die Erfahrungen in den politischen Vereinen, der kommunalen Selbstverwaltung und den Parlamenten der Revolutionszeit waren von erheblicher Bedeutung. Es waren auch meist nicht die ehemaligen Konstitutionellen, sondern die ehemaligen »Radikalen«, die sich in der Reaktionszeit neu formieren konnten und die »Neue Ära« mitgestalteten.

Die Schwäche von Noltés Arbeit, die sozialgeschichtliche Fundierung gegenüber den großen ideengeschichtlichen Linien zu vernachlässigen, zeigt sich auch in dem Versuch, den badischen Radikalismus aufgrund seiner Traditionsbindungen und der klassischen Begründung des Republikanismus als »Variante einer gemeineuropäisch-atlantischen bürgerlichen Bewegung der »späten Sattelzeit« zu interpretieren. Die gravierenden Unterschiede der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowie nicht zuletzt auch der politischen Kultur lassen es kaum als sinnvoll und fruchtbar erscheinen, den Radikalismus in England und Nordamerika um 1800 und die südwestdeutschen Republikaner von 1848/49 auf solch dünner Basis als eine gemeinsame Strömung zu betrachten.

Bestechend ist dagegen wiederum die Erklärung der badischen Mairevolution von 1849 aufgrund der Radikalisierung des Gemeindeliberalismus, die Nolte als eine Konsequenz der liberalen Utopie nachweist. Seine eher skeptische Einschätzung der Erfolgsaussichten der Revolution unabhängig von ihrer militärischen Aussichtslosigkeit dürfte berechtigt sein. Wer Noltés Buch daher mit dem Vorbehalt liest, daß Thesen gelegentlich überspitzt sind und die Lust an der prägnanten Formulierung hervortritt, wird viel Gewinn daraus ziehen können. Auch wenn der Rezensent nicht alle Thesen des Verfassers teilen kann, hält er dieses Buch für eine wichtige Neuerscheinung zur Geschichte des Liberalismus.

Die vergleichende Besprechung der beiden Arbeiten zum kommunalen Liberalismus im frühen 19. Jahrhundert hat gezeigt, daß weiterführende Ergebnisse in diesem Forschungsgebiet einer empirischen Untersuchung und präzisen Analyse der lokalen Ebene bedürfen. Allgemeine Aussagen über den Liberalismus in den Gemeinden werden einer differenzierteren Betrachtung der jeweiligen liberalen Politik und ihrer sozialen Grundlagen weichen müssen. Möglicherweise werden so am Ende viele »Liberalismen« auf kommunaler Ebene deutlich werden.

*Michael Wettengel, Koblenz*

Andreas Biefang, Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten, Droste Verlag, Düsseldorf 1994, 511 S., geb., 118 DM.

In der jüngsten Zeit ist Bürgertum oft als städtisches Phänomen beschrieben worden. Es wurde argumentiert, daß für die historische Untersuchung der Sozialformation Bürgertum – verankert in der Lebenswelt der Gemeinden, kleinräumig organisiert, geprägt durch face-to-face-Beziehungen – die Stadt der zentrale Ansatzpunkt sei. Das ist bestenfalls nur die

eine Seite des Problems. Bürgertum und Liberalismus müssen immer als komplexe historische Phänomene untersucht werden, die sich nicht auf einzelne Dimensionen reduzieren lassen. Die Arbeit von Andreas Biefang macht deutlich, wie ertragreich und innovativ überlokale Fragestellungen zur Geschichte des Bürgertums sein können. Das Buch verbindet einen sozial- und politikgeschichtlichen Zugriff in einer klaren Analyse, ist gut geschrieben und enthält gelungene Interpretationen. Es ist unzweifelhaft ein herausragender Beitrag zum Thema Bürgertum und Liberalismus. In ihm werden zugleich mehrere Problemkomplexe in überzeugender und anregender Weise thematisiert.

1. Biefangs Buch macht deutlich, wie sehr die 1850/60er Jahre von der Forschung vernachlässigt worden sind. Zu oft wurden sie nur als nachrevolutionär abklassifiziert oder unter der Vorgeschichte des Kaiserreichs subsumiert. Hier zeigt sich, wie sehr diese Zeit eine der zentralen Konstituierungsphasen des 19. Jahrhunderts ist, geprägt durch Umbrüche und Neuanfänge. Biefang betont überzeugend, wie sehr die 1860er Jahre in der Tradition von 1848 stehen, man kann sie fast als zweiten Anlauf mit anderen Mitteln beschreiben.

2. Es ist noch immer verbreitet, die Organisationsstruktur des Liberalismus als traditionell zu bezeichnen. Hier wird eindrücklich ausgebreitet, daß der Nationalverein der zweite Versuch (nach dem Märzverein 1848) des Bürgertums war, eine politische Massenorganisation mit Parlamentsorientierung zu schaffen, die nicht nur zu Wahlzeiten aktiv war. Angeführt von einer »Handlungselite« von ca. 80 überwiegend protestantischen, akademisch gebildeten Bildungsbürgern, entstand in lokalen Vereinen eine Basis von über 20 000 Mitgliedern. Durch relativ hohe Beiträge blieb es bei der direkten Mobilisierung bürgerlicher Kreise, unterbürgerliche Schichten versuchte man durch die Affiliation von Turnern, Schützen und analogen Vereinen anzubinden.

Auf dieser Basis entstand dann auch die Fortschrittspartei, die in den ersten Jahren immer auf den Nationalverein angewiesen blieb. Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes und damit der Erlangung eines zentralen Ziels der Nationalbewegung (Aufhebung des Deutschen Bundes, nationales Parlament mit allgemeinem Wahlrecht, Beendigung des verfassungslosen Zustands in Preußen) wurde das erreichte organisatorische Niveau jedoch freiwillig aufgegeben und man kehrte weitgehend zur Honoratiorenpolitik zurück. Es wird deutlich, wie modern die Organisationsstruktur für die 1860er Jahre einerseits war und wie sehr es zugleich auch gewissermaßen eine Organisation »wider Willen« war, nur erklärlich aus der Opposition zu Preußen. Überspitzt gesagt: die politische Organisation erschien ihren bürgerlichen Trägern zum Teil nur als notwendiges Übel.

3. Das deutsche Bürgertum hing keinen egalitären Utopien an. In der Organisationsstruktur, in den Festen der 1860er Jahre, in den programmatischen Reden wird ein soziales Ordnungsmodell greifbar, das eine fast noch ständisch anmutende Hierarchie der Gesellschaft entwirft. Die unterbürgerlichen Schichten blieben aus den hier untersuchten nationalen Vereinen ausgegrenzt, bei den Festen blieben sie weitgehend Zuschauer – die Führung der Bewegung (und damit der intendierte Führungsanspruch in der Gesellschaft) lag in den Händen bürgerlicher Träger. Vor allem bildungsbürgerliche Gruppen bildeten den strategischen Kern dieser »Handlungselite«. Diese waren jedoch nur in geringem Maße in die jeweiligen lokalen Stadtgesellschaften integriert.

Die hier untersuchte Zeit läßt sich damit abgrenzen gegen die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, als zwar die Gleichheit in der Bürgergesellschaft beschworen wurde, nichtbürgerliche Gruppen jedoch ausgegrenzt wurden, in jenem Gesellschaftsmodell gewissermaßen gar nicht zur Kenntnis genommen wurden. In den späteren Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts dann konnten gesellschaftliche Ordnungsentwürfe einzelne Teilgruppen nicht mehr ausblenden, integriert wurden sie nun letztlich über egalitäre Entwürfe, die auf die nationale oder völkische Homogenität rekurrierten. In den 1860er Jahren wird im Gegensatz dazu die bürgerliche Nation in einer ständischen Gliederung entworfen. Auch daran läßt

sich erkennen, wie sehr die Zeit zwischen 1848 und 1871 eine Phase der Reformulierung und Uminterpretation gesellschaftlicher und politischer Probleme war. Es war ein Laboratorium der Politik, das sich nicht auf Vorgeschichten reduzieren läßt.

4. Die nationale Bewegung besaß eine klar formulierte politische Konzeption. Es war eine »Kriegsstrategie«, denn eine Änderung der politischen Landschaft erwartete – und erhoffte – man nur durch einen großen europäischen Krieg. Dabei setzte man alle Hoffnung auf Preußen. Primäres Ziel war die Schaffung eines deutschen Bundesstaates konstitutioneller Prägung. Mit dem Beginn des Verfassungskonflikts mußte man nach Alternativen suchen, ohne die Hoffnung auf Preußen aufzugeben. Gezwungenermaßen versuchte man nun, die Einzelstaaten zu liberalisieren, Druck auf den Bund auszuüben, die gesellschaftliche Basis zu mobilisieren. Der »Flirt mit den Massen« (Na'aman) wurde jedoch nur halbherzig durchgeführt. Seit der Schleswig-Holstein-Krise geriet die Nationalbewegung dann in eine Krise. Denn die eigene Strategie wurde nun von Bismarck nach seinem Kalkül realisiert. Biefangs Arbeit liefert eine Erklärung dafür, weshalb die bürgerlichen Kreise letztlich bereitwillig Bismarck die Initiative überließen. Denn Krieg statt Revolution war auch das strategische Konzept der Nationalbewegung gewesen. 1848 hatte man keine Revolution gewollt, nun hatte man den Krieg als Instrument der gesellschaftlichen Veränderung entdeckt – einer Veränderung, die, wie es Bluntschli formulierte, »von oben, von dem Königtume geleitet, und nicht von unten, von der losgebundenen Volksgewalt bestimmt« (S. 416) wurde. Man hatte sich für das etatistische Muster entschieden, spätestens seit 1866 könnte man wohl von einer »Machtüberlassung« sprechen.

5. Der Liberalismus, so Biefangs These, war 1866/67 ein Verlierer. Er entschied sich für die Regierungsfähigkeit, eine eigene politische Organisierung scheint für ihn damit nicht zu vereinbaren gewesen zu sein. Er gab »seine eigenständige Machtbasis preis« (S. 430). Das hatte langfristige Auswirkungen auf die politische Entwicklung des Kaiserreichs, denn ohne eine entsprechende organisatorische Basis blieb der Reformdruck, den der Liberalismus ausüben konnte, begrenzt. Eine Niederlage erlitt der Liberalismus damit als emanzipatorische Bewegung.

Die ältere, auf die Verfassung konzentrierte Forschung hat betont, daß es keine realisierbaren Alternativen zum »dilatorischen Herrschaftskompromiß« (W. J. Mommsen) gegeben habe. Folgt man Biefang, wird auch deutlich, daß eine dezidiert konstitutionelle Alternative im Liberalismus mehrheitlich nicht angestrebt wurde. In großer Schärfe offenbarte sich dann in der innenpolitischen Wende der späten 1870er Jahre, daß die Regierungsfähigkeit ohne eigenständige Machtbasis eine Illusion geblieben war.

Verschiedene Brennpunkte der Diskussion zur Bürgertumsforschung, zum Liberalismus und zur politischen Geschichte des 19. Jahrhunderts werden in Biefangs Arbeit miteinander verbunden. Gerade darin liegt das Innovative und die beeindruckende Leistung. Die Reichseinigung von 1870/71 wird erfahrbar als Ergebnis eines gesellschaftlichen Prozesses. Politische Geschichte wird analysiert in einem gesellschaftlichen Kräftefeld, wird zur Sozialgeschichte. Zu hoffen ist, daß bald auch in ähnlicher Weise über die Gegner der Einigung geschrieben wird, daß die 1860er Jahre näher untersucht werden, daß das Tableau der Kräfte und Probleme, die die Einigung bestimmten, weiter ausgeleuchtet wird. Biefang hat gezeigt, daß es hier noch viel zu entdecken gibt.

*Manfred Hettling, Bielefeld*